

02.09.2011 - Universitäten / Studenten / Rektoren

Unis: Rektorenchef für aus Studiengebühren finanzierte Sozialstiftung

Utl.: Wäre Querfinanzierung zu finanziell Schlechtergestellten -
Kritik an Weisenrat-Papier für Hochschulplan - In Bundeshymne
"Bildung" statt "Hämmer"=

Wien (APA) - Der von Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (V) eingesetzte Weisenrat hat in seinen kürzlich vorgestellten Empfehlungen für einen Hochschulplan u.a. die Wiedereinführung von Studiengebühren gefordert. Beim Vorsitzenden der Universitätenkonferenz (uniko), Hans Sünkel, laufen die Experten damit offene Türen ein. Weil Sünkel aber die innenpolitische Realität - in diesem Fall das strikte Nein der SPÖ zu Studiengebühren - kennt, macht er im APA-Gespräch nun einen "Gegenvorschlag": "Ein Teil der Studienbeiträge, etwa 25 Prozent, sollte einer Sozialstiftung zugeführt werden, um daraus sozial benachteiligte Studenten finanziell zu unterstützen."

Damit würde das Argument der SPÖ entkräftet, Studiengebühren seien sozial nicht verträglich. "Das wäre eine Querfinanzierung von finanziell besser hin zu finanziell weniger gut Gestellten - und dagegen sollte sich die SPÖ nicht zur Wehr setzen", so der Rektorenchef. Den Expertenvorschlag eines "bescheidenen Semesterbeitrags" in Höhe von 500 Euro stimmt Sünkel zu, das wäre genau die indexangepasste Höhe der 2001 eingeführten Gebühren.

Den sonstigen Vorschlägen der Experten zur Uni-Finanzierung steht Sünkel zum Teil reserviert gegenüber: So lautet ein Vorschlag, neben der Bundesfinanzierung 790 Mio. Euro aus anderen Quellen wie Bundesländern und Wirtschaft zu lukrieren. Nach Ansicht des uniko-Chefs müssen die 21 öffentlichen Unis aber überwiegend vom Bund finanziert werden, das Expertenpapier spreche diese Notwendigkeiten aber nur eingeschränkt an, meint Sünkel. Mehr Geld von Ländern und Wirtschaft wäre natürlich hilfreich, "ich fürchte nur, dass diese Betrachtung des Weisenrats durch die rosarote Brille erfolgt ist". Es sei nicht zu erwarten, dass die gesamte Summe lukrierbar sei und schon gar nicht bis morgen. Deshalb müsse die öffentliche Hand in der Zwischenzeit einspringen.

Sehr wohl sprechen die Experten aber das schon von der Regierung einmal anvisierte Ziel an, bis 2020 zwei Prozent des BIP für den tertiären Sektor aufzuwenden. Um das zu erreichen, brauche es aber eine kontinuierliche Budgetentwicklung, zu große Sprünge seien weder möglich noch hilfreich. Um das Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen, würde

das alleine für die Unis eine Milliarde zusätzlich pro Jahr erfordern. Eine solche Anhebung müsste in mehreren Schritten erfolgen, wie es auch das derzeit diskutierte Modell einer Arbeitsgruppe des Wissenschaftsministeriums über eine Studienplatzfinanzierung vorsehe.

Zurecht bemängelt nach Meinung Sünkels der Expertenrat die unterschiedlichen Rahmenbedingungen zwischen Unis und Fachhochschulen. "Das ist eine absurde Situation, die von niemandem verstanden wird. Das ist auch unfair und kontraproduktiv und einer Verbesserung der Kooperation von Unis und Fachhochschulen auch nicht zuträglich", so Sünkel. Ein Ausbau des FH-Sektors könne nur erfolgen, wenn für beide Systeme die völlig gleichen Spielregeln herrschten. Kritisch sieht Sünkel die in dem Expertenpapier erfolgte Unterscheidung zwischen Grundlagenforschung an der Uni und angewandter Forschung an der FH. "Das ist nicht nur sinnlos, sondern auch gefährlich. Man kann keine Trennlinie zwischen den beiden Bereichen ziehen, das ist ein fließender Übergang."

Einmal mehr kritisiert Sünkel die Regierung. Mitte der 1970er Jahre habe man seitens der Politik mit rund 16.000 Erstsemestrigen im maximalen Ausbauzustand der Unis gerechnet, heute gebe es drei bis vier mal so viele Anfänger. "Die Ausbaumaßnahmen haben mit dieser massiven Steigerung bei weitem nicht mitgehalten, die Folge sind massive Kapazitätsprobleme", so Sünkel. Solche beschränkten Kapazitäten seien mit dem unbeschränkten Hochschulzugang nicht verträglich, doch "die Regierung schaut seit Jahren weg und lässt die Unis mit diesem Problem alleine". Somit sei die Autonomie der Unis ebenso eingeschränkt wie ihre Handlungsfähigkeit.

Weil die Unis die Studierenden nicht aussuchen könnten, gebe es in vielen Bereichen "Massensituationen, die Qualitätsdefizite und Staueffekte bedingen". Auch im Straßenverkehr "wird in einem Stau selbst ein Porsche oder Ferrari langsam". An den Unis gebe es deshalb eine erhöhte Anzahl an Studienwechslern, erhöhte Studiendauer, nicht unerhebliche Dropout-Zahlen. Das verursache hohe Kosten, "die allerdings nicht Universitäts-hausgemacht, sondern vielmehr systembedingt sind".

Sünkel würde sich wünschen, wenn Österreich "im Bildungsbereich die Flucht nach vorne" antreten würde. Er nimmt bewusst Bezug auf die Bundeshymne, "wo man nicht so sehr nachdenken sollte, ob wir neben den Söhnen auch die Töchter in den Text aufnehmen sollten, sondern ob wir nicht das 'Land der Hämmer' durch 'Land der Bildung' ersetzen könnten". Österreich sollte alles daran setzen, die Bildung noch zu halten, und das nicht nur in den Sonntagsreden der Politiker.
(Schluss) cm/praham

APA0084 2011-09-02/09:30

020930 Sep 11

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.